

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Jährliche Strategieplanung der Kommission für 2010**

Auch wenn die derzeitige Europäische Kommission, deren Amtszeit am 31. Oktober 2009 endet, im Jahr 2010 nicht mehr im Amt sein wird, hat sie ihre Prioritäten für das kommende Jahr vorgestellt, um die Kontinuität des Systems der strategischen Planung und Programmgestaltung dieses Organs der Europäischen Gemeinschaft zu gewährleisten. Die neue Kommission wird diese Schwerpunkte im Hinblick auf die von ihr zu setzenden strategischen Ziele überprüfen und auf dieser Grundlage ihr erstes Legislativ- und Arbeitsprogramm für das Jahr 2010 erstellen. Sofern das Verfahren zur Ratifizierung des Vertrags von Lissabon abgeschlossen werden kann, sind von der neuen Kommission auch Vorschläge zur Ausgestaltung des geänderten institutionellen Rahmens der Europäischen Union zu erwarten.

Die Kommission nennt in Teil I des Strategiepapiers fünf politische Prioritäten und präsentiert in Teil II ihre Vorstellungen für einen allgemeinen Rahmen für ihre personellen und finanziellen Ressourcen im Jahr 2010.

Politische Prioritäten

Das Europäische Konjunkturprogramm und die weiteren zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise von der Kommission und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ergriffenen Maßnahmen sollen eine solide Grundlage für einen **wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufschwung** in 2010 schaffen. Damit die EU gestärkt aus der Krise hervorgehe, müssten die Mitgliedstaaten die Anstrengungen im Rahmen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes fortsetzen. Das Jahr 2010 werde ein Schlüsseljahr für die Er- und Überarbeitung der Vorschriften zur Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte. Die Kommission werde Vorschläge für die Reform der Finanzdienstleistungen vorlegen. Die krisenbedingten Veränderungen sollen durch staatliche Beihilfen und Fusionskontrollmaßnahmen abgefedert werden. Die Kommission meint, dass die stärkere Bekämpfung von Kartellen und die Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften in netzgebundenen Wirtschaftszweigen (Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Verkehr, Post und Finanzdienste) der wirtschaftlichen Erholung förderlich sind. Zur Konjunkturbelebung soll auch die vollständige Umsetzung des „Small Business

Act“ gehören. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten soll auf den freien Wissensverkehr im Europäischen Forschungsraum mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm als „Eckpfeiler“ hingearbeitet werden.

Unter der Voraussetzung, dass in Kopenhagen im Dezember 2009 erfolgreich ein neues internationales Klimaschutzübereinkommen verhandelt wird, soll dieses innerhalb der EU und in den anderen Teilen der Welt, einschließlich der vom **Klimawandel** besonders betroffenen Länder umgesetzt und befolgt werden. Die Kommission erinnert daran, dass die EU zum Zwecke einer **nachhaltigen Entwicklung** ehrgeizige einseitige Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, zur Entwicklung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz eingegangen ist. Deshalb seien der Aktionsplan für Energieeffizienz zu aktualisieren und die Leitlinien für die Transeuropäischen Energienetze (TEN-E) zu überarbeiten. Die Umsetzung des im Dezember 2008 verabschiedeten Klima- und Energiepakets sei vorrangig voranzutreiben. Die Kommission rechnet damit, dass der Europäische Rat im Frühjahr 2010 einen Energieaktionsplan für den Zeitraum 2010 bis 2014 verabschieden wird. Der Schutz der Artenvielfalt soll u. a. durch die Fertigstellung des Netzwerkes „Natura 2000“ und die Erfüllung des 2006 aufgestellten Aktionsplans zur Erhaltung der biologischen Vielfalt gefördert werden. Die Kommission erinnert daran, dass 2010 das erste Jahr sein werde, in dem der „Gesundheitscheck“

Nr. 05/09 (26. Februar 2009)

der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vollständig umzusetzen sein werde. Für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik wolle die Kommission nach einer öffentlichen Anhörung 2010 Vorschläge vorlegen. Zur weiteren Förderung der integrierten Meerespolitik sollen u. a. Langzeitprojekte zur Seeüberwachung, zur maritimen Raumplanung und zur Meeresdatenüberwachung realisiert werden. Die Umsetzung der Ostsee-Strategie und des diesbezüglichen Aktionsplans werde die Kommission operativ unterstützen.

Unter der Überschrift **bürgernahe Politik** macht die Kommission darauf aufmerksam, dass im Bereich des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 2010 das erste Jahr der Durchführung des „Stockholmer Programms“, des im zweiten Halbjahr 2009 unter schwedischer Ratspräsidentschaft zu verabschiedenden Nachfolgeprogramms zum „Haager Programm“, sein soll. Die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität soll vorangetrieben werden. Der Schutz der Grundrechte, insbesondere für besonders schutzbedürftige Gruppen wie Kinder, werde eine Kerntätigkeit der EU bleiben. Zur Überwachung der Grenzen der EU soll Einigung über die Schaffung des Systems Eurosur erzielt werden. Außerdem sollen die Bemühungen für eine gemeinsame Visumpolitik verstärkt werden. Die Kommission erwartet, dass ausgehend von einem von ihr vorgelegten Bericht der Europäische Rat im Juni 2010 eine erste Aussprache über die Umsetzung des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl halten werde. Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Schul- und Berufsbildung sollen helfen, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 sei die diesbezügliche Verpflichtung der EU zu unterstreichen. Des Weiteren gelte es, 2011 als das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit vorzubereiten. Zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung und Gewährleistung der Verbrauchersicherheit soll u. a. die EU-Gesundheitsstrategie umgesetzt werden.

Die **EU als Partner in der Welt** werde gefordert sein, Beiträge für die Bewältigung der unterschiedlichen Herausforderungen der Globalisierung – Energiesicherheit, Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, Zuwanderung und Unterstützung der ärmsten Länder beim wirtschaftlichen (Wieder-)Aufschwung – und zur internationalen Sicherheit und Stabilität zu leisten. Die Kommission geht davon aus, dass die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei 2010 fortzusetzen sein werden und sieht eine beson-

dere Aufgabe darin, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess in den Ländern des westlichen Balkans zu beschleunigen. Die EU werde weiterhin den Wiedervereinigungsprozess auf Zypern unterstützen. Im Bereich der Europäischen Nachbarschaftspolitik werde die EU besonderes Gewicht auf den Ausbau der bilateralen Beziehungen zu Israel, Marokko, der Republik Moldau und der Ukraine, auf die Östliche Partnerschaft, die ersten Projekte der Union für das Mittelmeer und die Schwarzmeer-Zusammenarbeit legen. Die Kommission will eng mit der neuen US-amerikanischen Regierung zusammenarbeiten. Sie will die Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten, China und Indien fortsetzen. Bei dem EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2010 soll die strategische Partnerschaft mit dieser Region weiterentwickelt werden. Sofern der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, wird ein Europäischer Auswärtiger Dienst aufzubauen sein.

Ein Hauptziel der Kommission bleibe die **Verbesserung der Rechtsetzung**. Sie wolle den Bürokratieabbau vorantreiben und die Arbeiten im Rahmen der Europäischen Transparenzinitiative fortführen.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Die Kommission weist darauf hin, dass sie sich nach dem Beitritt der Länder Bulgarien und Rumänien Anfang 2007 verpflichtet habe, ihren gesamten weiteren Personalbedarf bis zum Jahr 2013 mit gleich bleibenden Ressourcen zu decken.

Zur Unterstützung des Ende April 2009 vorzulegenden Haushaltsvorentwurfs 2010 schlägt die Kommission **Änderungen der Finanzplanung** vor, die sämtliche Rubriken der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 betreffen. Die Kommission versichert, sie stünden allesamt im Einklang mit den Ausgabenobergrenzen des mehrjährigen Finanzrahmens und den Referenzbeträgen der verschiedenen Finanzierungsprogramme. Für die Teilrubrik 1a (Wachstum und Beschäftigung) mit dem neuen Finanzierungsinstrument des Europäischen Konjunkturprogramms, dem Europäischen Energieprogramm zur Konjunkturbelebung, schlägt sie eine Mittelserhöhung um 9 % und für die Teilrubrik 3a (Freiheit, Sicherheit und Recht) um ca. 14 % vor sowie Mittelübertragungen infolge des Gesundheitschecks der GAP.

Der Deutsche Bundestag wird in einer der nächsten Sitzungswochen die Jährliche Strategieplanung der Kommission für das kommende Jahr debattieren.

Quelle:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Jährliche Strategieplanung für 2010 vom 18. Februar 2009, KOM(2009) 73 endg.